

in Berlin das Gesetz der Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten, und wir werden mit diesem Gesetz die veränderten Machtverhältnisse verankern bei gleichzeitiger Mitbestimmung der Gewerkschaften in den Betrieben und durch stärkere Heranführung der volkseigenen Betriebe und der Treuhandbetriebe in Berlin, damit auf diese Weise eine zusätzliche systematische Einschränkung der kapitalistischen Einflüsse im Kampfe um die Einheit Berlins und damit auch um die Einheit Deutschlands möglich wird.

Am 30. November änderten sich die bisherigen Machtverhältnisse in Berlin in entscheidendem Maße. Die Arbeiterschaft als führende Kraft in der demokratischen Umformung hatte dabei die wirklich demokratischen und fortschrittlichen Kräfte auf ihrer Seite. Die offen reaktionären Elemente, die nun ihre Positionen im sowjetischen Sektor nicht mehr halten können, haben eine sehr wichtige Ausgangsbasis für ihre Kriegs- und Antisowjethetze verloren. Damit, liebe Genossinnen und Genossen, ging vorerst ein Teil Berlins einige Schritte in der Richtung auf jene demokratische Ordnung, wie sie in der sowjetischen Besatzungszone bereits geschaffen wurde, hinter der Berlin dank der mehr als zweijährigen Herrschaft der Reaktion ein erhebliches Stück zurückgeblieben war. Früher oder später wird auch der andere Teil Berlins diesem Schritte folgen. (Lebhafter Beifall.)

Nicht umsonst hat der neue Magistrat seine Beschlüsse zur Verbesserung der Lage der Berliner gefaßt, die gleichmäßig für alle Sektoren gelten, wobei die über 100 000 Eintragungen aus den Westsektoren zum Einkauf und zur Versorgung im Ostsektor durchaus in diesem Sinne zu werten sind. Und nicht umsonst hat der neue Magistrat mit Nachdruck die demokratische Einheit Berlins proklamiert, d. h. die Sicherung und Ausdehnung der demokratischen Ordnung auf ganz Berlin. Das wird auch fernerhin die Angriffslosigkeit bleiben. Der Genosse Grotewohl meint, ich muß aufhören, aber ich glaube, man muß den Berlinern einmal eine Ausnahmestellung einräumen. (Beifall.) Ich muß auch noch einige Bemerkungen machen zu der Perspektive unserer Gegner in Berlin. Vielleicht ist der Hinweis wichtig, daß die sogenannten Westsektorenwahlen am 5. Dezember keinerlei reale Zukunftsperspektiven haben, trotzdem aber diese Wahlkampagne unserer Gegner in den Westsektoren einen beachtlichen Höhepunkt in der gewissenlosen und verbrecherischen Kriegs- und Antisowjethetze brachte. Diese Hetze, die bis in die Reihen der Arbeiter hinein sicht-